

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 8/2025

20. Februar 2025

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über den Gesamtbetrag des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für das Jahr 2024 vom 3. Februar 2025 206

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt – Landesjugendamt – über die Termine des Landesjugendhilfeausschusses 2025 vom 30. Januar 2025 207

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über einen Dritten Aufruf zur Interessenbekundung zur Förderung von Modellvorhaben zur Zukunftsplattform der ESF Plus-Richtlinie SMS vom 3. Februar 2025 208

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über einen Aufruf zur Antragstellung zur Förderung einer Zukunftsplattform für soziale Innovationen der ESF Plus-Richtlinie SMS vom 3. Februar 2025 212

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die für die Weiterbildungszuschläge nach § 6 der Sächsischen Pauschalförderungsverordnung und die Digitalisierungszuschläge nach § 8 der Sächsischen Pauschalförderungsverordnung für das Jahr 2025 zur Verfügung stehenden Teilbeträge sowie über den Auszahlungszeitpunkt der Jahrespauschalen für das Jahr 2025 gemäß § 11 Absatz 1 Satz 1 der Sächsischen Pauschalförderungsverordnung vom 5. Februar 2025 216

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Zulassung privater Gegenprobensachverständiger im Freistaat Sachsen nach der Gegenproben-Verordnung vom 28. Januar 2025 ... 217

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung Gemarkung Eula vom 14. Januar 2025 218

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses für das Verkehrsbauvorhaben „S 174 Ersatzneubau, BW 7a über die Gottleuba bei Hartmannsbach“ vom 27. Januar 2025 219

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Biogasanlage Lichtensee der Firma Danpower Biomasse GmbH am Standort Lichtensee Gz.: 44-8431/2132/4 Vom 14. Januar 2025 221

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Antrag auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Teilereinigung im Gebäude B37/39 der Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG am Standort Königsbrücker Straße 180, 01099 Dresden – Auslegung des Antrags und der Unterlagen – Gz.: 44-8431/2790 vom 31. Januar 2025 223

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Oberflächenbehandlung mit organischen Lösungsmitteln Modul 4 – Lithografie der Firma Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG am Standort Königsbrücker Straße 180, 01099 Dresden Gz.: 44-8431/2761 vom 31. Januar 2025 226

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landesamtes für Geobasisinformation Sachsen über den Widerruf der Bestellung mehrerer Amtsverwalter vom 31. Januar 2025 228

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über den Gesamtbetrag des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für das Jahr 2024

Vom 3. Februar 2025

Das Aufkommen an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer betrug in Sachsen im Jahr 2024

10 094 188 714 Euro.

Hiervon erhalten die Gemeinden gemäß § 1 des Gemeindefinanzreformgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 2009 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. April 2024 (BGBl. I Nr. 140) geändert worden ist, einen Anteil von 15 Prozent – das sind

1 514 128 307 Euro.

Die Erstattung des vom Bund über die Familienkassen vorfinanzierten Gemeindeanteils des Kindergeldes vermindert den Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer um

366 472 173 Euro.

Hinzu kommen ein Anteil von 15 Prozent am Zerlegungsanteil der Lohnsteuer in Höhe von

349 305 328 Euro

und ein Anteil von 12 Prozent aus dem Aufkommen der Kapitalertragsteuer nach § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 bis 7 und 8 bis 12 sowie Satz 2 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 449)

geändert worden ist, einschließlich des Zerlegungsanteils in Höhe von

39 105 283 Euro.

Der Gemeindeanteil an der Pauschsteuer aus gewerblich geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen von der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See gemäß § 40a Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes erhöht den Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer um

2 316 625 Euro.

Abgezogen wird der Gemeindeanteil an der steuerlichen Förderung nach dem Altersvermögensgesetz vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1310) gemäß § 83 des Einkommensteuergesetzes in Höhe von

14 462 631 Euro.

Damit ergibt sich ein auszunehmender Betrag für das Jahr 2024 von

1 523 920 740 Euro.

Die bereits gezahlten Abschläge betrugen

366 567 353 Euro,

334 866 840 Euro,

384 234 080 Euro.

Damit ergibt sich ein auszunehmender Betrag für das vierte Quartal 2024 von

438 252 467 Euro.

Dresden, den 3. Februar 2025

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Sebastian Hecht
Staatssekretär

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt – Landesjugendamt – über die Termine des Landesjugendhilfeausschusses 2025

Vom 30. Januar 2025

Die Sitzungen des Landesjugendhilfeausschusses des Freistaates Sachsen sind öffentlich. Die ordentlichen Sitzungen im Jahr 2025 finden gemäß Beschluss vom 30. Januar 2025 zu folgenden Terminen statt:

Freitag, den **21. März 2025**
Donnerstag, den **19. Juni 2025**
Dienstag, den **16. September 2025**
Mittwoch, den **3. Dezember 2025**

Die Sitzungen finden in der Regel in Chemnitz mit Beginn um 10:00 Uhr statt.

Der konkrete Sitzungsort sowie die Tagesordnung sind jeweils aktuell auf der Internetseite des Landesjugendamtes einzusehen.

Chemnitz, den 30. Januar 2025

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
– Landesjugendamt –
Enrico Birkner
Leiter des Landesjugendamtes

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über einen Dritten Aufruf zur Interessenbekundung zur Förderung von Modellvorhaben zur Zukunftsplattform der ESF Plus-Richtlinie SMS

Vom 3. Februar 2025

I.

Rechtsgrundlagen, Zweckungszweck

1. Das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert gemäß Ziffer II Großbuchstabe E der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Förderung von aus dem Europäischen Sozialfonds Plus mitfinanzierten Vorhaben der Förderperiode 2021–2027 (ESF Plus-Richtlinie SMS) vom 7. Juni 2022 (SächsABl. S. 743), die durch die Richtlinie vom 9. Juni 2023 (SächsABl. S. 773) geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 30. November 2023 (SächsABl. SDr. S. S306), Modellvorhaben zur Zukunftsplattform. Für die Förderung gelten die Bestimmungen ESF Plus-Richtlinie SMS in der jeweils geltenden Fassung, sowie die konkretisierenden Bestimmungen dieser Förderbekanntmachung.
2. Zweck der Förderung ist die Stärkung der sozialen Innovationskraft im Freistaat Sachsen als Antwort auf die fortschreitenden Veränderungsprozesse in der Lebens- und Arbeitswelt. Im Rahmen von Modellvorhaben sollen sozial innovative Lösungsansätze erprobt werden, die aktuell und zukünftig drängende gesellschaftliche Herausforderungen in Sachsen adressieren.
3. Soziale Innovationen verfolgen das Ziel, Lösungen für soziale Probleme zu finden. Sie haben dadurch das Potenzial, den gesellschaftlichen Wandel und die daraus resultierenden Herausforderungen für das soziale Miteinander zukunftsorientiert zu gestalten. Soziale Innovationen sind neue soziale Praktiken und Organisationsmodelle. Sozial innovative Ideen bringen neue Produkte oder Dienstleistungen sowie neue Arbeits- und Produktionsprozesse oder Organisationsformen hervor. Bei der Suche nach geeigneten Lösungsansätzen steht für Sozialinnovatoren und Sozialinnovatorinnen das Gemeinwohl stets im Vordergrund.
4. Die Angebote der Zukunftsplattform für soziale Innovationen (SINN) stehen zunächst bis Ende 2025 im Rahmen der Umsetzung und der Vorbereitung der Modellvorhaben den Trägern zur Verfügung.¹ Ab 2026 stehen die Angebote der Zukunftsplattform für soziale Innovationen unter dem Vorbehalt der Fortsetzung der Förderung des Vorhabens zur Verfügung.

II.

Gegenstand der Förderung

1. Gegenstand der Förderung sind Modellvorhaben, die der zeitlich befristeten Erprobung sozial innovativer und gemeinwohlorientierter Konzepte zur Lösung gesellschaftlicher und sozialer Problemlagen in den Arbeits- und Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit dienen. Vordergründig ist dabei der Innovationsgehalt des Vorhabens, das heißt, gesellschaftliche und soziale Herausforderungen sollen mit neuen und innovativen Lösungswegen und Konzepten adressiert werden. Ziel der Modellvorhaben ist es, neue Erkenntnisse zu generieren und die gewonnenen Ergebnisse auf weitere Anwendungsfälle zu übertragen und folglich reproduzieren zu können.
2. Gefördert werden sozial innovative Präventions- oder Unterstützungsmaßnahmen, die die Themen- und Arbeitsbereiche der Sozialen Arbeit adressieren und sich dabei neuer Anwendungsmöglichkeiten, Methoden oder Konzepte bedienen (beispielsweise durch die Erprobung neuer Kooperationsformen, Anwendung digitaler Angebote, KI-Anwendungen). Die folgenden Themenbereiche der Sozialen Arbeit sollen dabei adressiert werden:
 - a) besondere Lebenslagen,
 - b) Integration,
 - c) Inklusion,
 - d) Kinder, Jugendliche, Familie oder
 - e) alternde Gesellschaft.

III.

Zuwendungsempfänger

1. Zuwendungsempfänger sind Träger oder ein Trägerverbund. Voraussetzung ist, dass der Zuwendungsempfänger als juristische Person des privaten oder öffentlichen Rechts organisiert ist.
2. Als Zuwendungsempfänger ausgeschlossen sind Träger, die bereits im Rahmen der Förderung der Zukunftsplattform für soziale Innovationen gemäß Ziffer II Großbuchstabe D der ESF Plus-Richtlinie SMS eine Zuwendung erhalten.

IV.

Zuwendungsvoraussetzungen

1. Das Vorhaben muss zudem den einschlägigen EU-Bestimmungen, dem „ESF Plus Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus), Förderzeitraum 2021–2027“ des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft Arbeit und Verkehr vom 4. Juli 2022, veröffentlicht auf der Internetseite „Eu-

¹ Amtlicher Hinweis: Die Internetadresse zum Projekt Zukunftsplattform für soziale Innovationen (SINN) lautet: <https://sinn-sachsen.de/> [zuletzt aufgerufen am 21.01.2025]

ropa fördert Sachsen“² sowie den haushaltsrechtlichen Bestimmungen entsprechen. Weitere Förderbedingungen ergeben sich aus der EU-Rahmenrichtlinie vom 9. Mai 2023 (SächsABl. S. 576) enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 21. November 2023 (SächsABl SDR. S. S 300) und den Regelungen zu „Förderfähige Ausgaben und Kosten (FFAK) zum Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Sozialfonds Plus, Förderzeitraum 2021–2027“ des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr vom 1. Juli 2024 in der jeweils geltenden Fassung, veröffentlicht auf der Internetseite der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB).³

2. Gefördert werden Zuwendungsempfänger mit Sitz oder Niederlassung im Freistaat Sachsen.
3. Die Teilnehmenden eines Modellvorhabens haben ihren Hauptwohnsitz im Freistaat Sachsen.

V.

Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

1. Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines Zuschusses gewährt. Sie beträgt bis zu 95 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben.
2. Die maximale Zuwendungssumme beträgt 300 000 Euro pro Vorhaben. Eine darüberhinausgehende Finanzierung des Projekts ist aus Eigen- oder Drittmitteln zu leisten.
3. Die Prüfung der Beihilferelevanz erfolgt im konkreten Einzelfall und anhand der Vorgaben der ESF Plus-Richtlinie SMS.
4. Im Projektvorschlag sind Dritt- und Eigenmittel auszuweisen.
5. Zuschussfähig sind nur Ausgaben und Kosten, die projektbezogen und außerhalb gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben, Pflichtaufgaben sowie anderer bestehender nationaler Fördermöglichkeiten entstehen. Eine Förderung nach dieser Bekanntmachung ist ausgeschlossen, wenn für dasselbe Vorhaben eine weitere Förderung aus Mitteln der Europäischen Union erfolgt.
6. Personalausgaben werden bei Eigenpersonal als Stellenförderung oder personenbezogene Pauschale je Einsatzstunde oder Einsatzmonat (Kosten je Einheit) ausgereicht. Die Höhe der Pauschale richtet sich nach dem tatsächlich gezahlten Entgelt laut Lohn- oder Gehaltsnachweis oder dem Arbeitsvertrag zuzüglich einer Pauschale für den Arbeitgeberanteil zu den Sozialversicherungsbeiträgen. Zur Berechnung der Pauschale je Einsatzstunde wird eine Jahresstundenzahl von 1 720 Stunden zu Grunde gelegt.
7. Sach- und Verwaltungskosten werden als Restkostenpauschale in Höhe von 40 Prozent der direkten förderfähigen Personalkosten ausgereicht.
8. Eine Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung ist für Teilnehmende bei Kfz- und Fahrradnutzung gemäß des Sächsischen Reisekostengesetzes möglich. Bei nicht öffentlichen Trägern wird grundsätzlich der erhöhte Satz der Wegstreckenentschädigung für das Vorliegen triftiger Gründe anerkannt.
9. Für arbeitslose Teilnehmende ohne Anspruch auf Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch Artikel 60 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, oder mit Anspruch auf Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch – Bürgergeld, Grundversicherung für Arbeitsuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2094), das zuletzt durch Artikel 79 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 449) geändert worden ist, wird eine pauschale Aufwandsentschädigung entsprechend den für die ESF Plus Förderung im Zeitraum 2021–2027 im Freistaat Sachsen insgesamt festgelegten Kosten je Einheit als förderfähig anerkannt:
 - a) 8,60 Euro je Teilnehmenden und Anwesenheitstag bei einer zusammenhängenden Anwesenheit von mindestens sechs Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzepktion eine Mindestanwesenheit von mindestens sechs Stunden vorsieht und
 - b) 3,10 Euro je Teilnehmenden und Anwesenheitstag bei einer zusammenhängenden Anwesenheit von mindestens drei Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzepktion eine Mindestanwesenheit von unter sechs Stunden vorsieht.

VI.

Verfahren

1. Das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert Träger auf, ihr Interesse an einer Förderung mit Durchführungszeitraum vom 1. Januar 2026 in Form eines Projektvorschlages zu bekunden. Die Auswahl des zu fördernden Trägers oder Trägerverbundes erfolgt in einem zweistufigen Verfahren. Die Bewertung der Projektvorschläge erfolgt durch die SAB. Im Rahmen der Bewertung des sozialen Innovationsgehaltes des Projektvorschlages entsprechend Nummer 10, Buchstabe a, Doppelbuchstabe dd wird die fachliche Stellungnahme des Trägerverbundes der Zukunftsplattform für soziale Innovationen in das Auswahlverfahren beratend einbezogen.
2. Ansprechpartner für Beratung und Rückfragen sowie Bewilligungsstelle ist die
Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB)
Abteilung Bildung
Gerberstraße 5
04105 Leipzig
E-Mail: esf-dresden@sab.sachsen.de

² Amtlicher Hinweis: Diese Internetadresse lautet: <https://www.xn--europa-frdert-sachsen-oec.de/files/media/info-portal/foerderzeitraum-2021-2027/programme/dokumente/programm-esf-plus-04-07-2022.pdf>. [zuletzt aufgerufen am 22.01.2025]

³ Amtlicher Hinweis: Diese Internetadresse lautet: www.sab.sachsen.de. [zuletzt aufgerufen am 22.01.2025]

3. Die Interessenbekundung auf der Grundlage dieser Bekanntmachung ist bei der SAB

bis zum 30. Mai 2025

vollständig und von der zeichnungsbefugten Person unterschrieben elektronisch über das Förderportal der SAB einzureichen.

Ein verspäteter Eingang des Projektvorschlages im Rahmen der Interessenbekundung führt zum Ausschluss aus dem Interessenbekundungsverfahren. Individuelle Fristverlängerungen oder das Nachreichen von Unterlagen sind ausgeschlossen.

4. Die Projektbeschreibung muss den Anforderungen an Struktur und Inhalt von Vorhabenbeschreibungen in ESF-Anträgen gemäß SAB Vordruck 61713, veröffentlicht auf der Internetseite der SAB⁴ und Nummer 10 entsprechen.
5. Fristgerecht eingereichte, vollständige Projektvorschläge zur Interessenbekundung sind im Rahmen einer Präsentation der SAB durch die Antragsstellenden vorzustellen. Voraussetzung ist das Erreichen der Mindestpunktzahl der Bewertung nach Nummer 10. Antragsstellende, die an der Präsentation nicht teilnehmen, werden vom Antragsverfahren ausgeschlossen. Die Einladung mit weiteren Informationen zu dieser Veranstaltung erfolgt separat.
6. Auf Basis der Bewertung der Projektvorschläge zur Interessenbekundung erfolgt eine Aufforderung zur formalen Antragseinreichung bei der SAB an die ausgewählten Maßnahmenträger. Mit Aufforderung zur Antragstellung wird eine Frist genannt, bis zu der der Antrag einzureichen ist.
7. Die Projektbeschreibung, zuzüglich realitätsnaher Ausgaben- und Finanzierungsplan sowie Anlagen sind im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens übersichtlich anhand der nachfolgend genannten Bewertungskriterien zu strukturieren. Darüber hinaus enthalten sie eine Darstellung des Trägers beziehungsweise Trägerverbundes.
8. Der Projektvorschlag soll einen Umfang von 12 Seiten nicht wesentlich überschreiten (exklusive der Ausgaben- und Finanzierungsplan sowie der Anlagen). Es werden klare, aussagekräftige und konkrete Ausführungen zur geplanten Projektumsetzung erwartet, die die unter Nummer 10 genannten Bewertungskriterien sowie Nummer 11 berücksichtigen.
9. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung von Zuwendungen. Die Auswahl der Zuwendungsempfänger erfolgt unter dem Vorbehalt eines vom Gesetzgeber beschlossenen Haushalts und der damit einhergehenden verfügbaren Haushaltsmittel.
10. Die Bewertung der Projektbeschreibungen erfolgt anhand folgender Kriterien und Gewichtung:
- a) Ziele des Vorhabens (25 Prozent)
 - aa) Ausgangssituation, adressierte soziale beziehungsweise gesellschaftliche Herausforderung, Bedarf,
 - bb) regionaler Bezug, arbeitsmarktpolitische Bedeutung,
 - cc) konkrete Zielbeschreibung,
 - dd) sozialer Innovationsgehalt des Vorhabens beziehungsweise inhaltliche Abgrenzung zu bereits bestehenden Lösungskonzepten für die adressierte soziale und gesellschaftliche Herausforderung,
 - ee) Darstellung der Zielgruppe beziehungsweise der Teilnehmenden,
 - ff) Erfahrungen des Projektträgers mit der Zielgruppe und im Vorhabenbereich und
 - gg) Referenzen, Berücksichtigung vorhandener Ergebnisse aus Vorprojekten.
 - b) Zielerreichung, Arbeitsschritte (33 Prozent)
 - aa) Beschreibung der Arbeitspakete,
 - bb) Beschreibung der Methoden,
 - cc) Beschreibung des Eingehens auf spezifische Anforderungen,
 - dd) Zeitliche Gliederung, Meilensteinplan,
 - ee) Verantwortlichkeiten,
 - ff) Kooperationsstruktur, gegebenenfalls Mitfinanzierung von Dritten,
 - gg) Inhaltliche Kompetenz des Antragstellers und des geplanten Personals und
 - hh) Maßnahmen zur Qualitätssicherung.
 - c) Ergebnisse und Dokumentation (25 Prozent)
 - aa) Benennung zu erwartender Ergebnisse,
 - bb) Dokumentation der Ergebnisse,
 - cc) Vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit,
 - dd) Art und Weise des Transfers in die Arbeits- und Unternehmenspraxis und
 - ee) Aussagen zur Fortführung (ohne Förderung), Nachnutzung von Ergebnissen.
 - d) Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenmittel, Wirtschaftlichkeit (17 Prozent)
 - aa) Gesamtausgaben/-kosten des Vorhabens, angemessenes Kosten-Nutzen- Verhältnis, Effizienz, Angabe der Herkunft der zu erbringenden Eigenmittel und/oder Drittmittel (sofern zutreffend),
 - bb) Effektivität der Methoden der Zielerreichung und erwarteten Ergebnisse und
 - cc) Gegebenenfalls Anzahl der Teilnehmenden/ Projekte.
11. Die Einhaltung der Grundsätze Gleichstellung von Frauen und Männern, Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung sind im Rahmen des Vorhabens zu beachten. Das Vorhaben darf zudem – dem Grundsatz des Umwelt- und Ressourcenschutzes entsprechend – nicht die nachhaltige Entwicklung negativ beeinträchtigen. Ausführungen zu den Grundsätzen sind in die Projektbeschreibung aufzunehmen.
12. Die Zuwendung kann für einen Zeitraum von bis zu 24 Monaten gewährt werden.

⁴ Ebenda.

Weitere Informationen zu Rechtsgrundlagen sowie zur Antragstellung sind im Internet unter www.sab.sachsen.de zu finden.

Dresden, den 3. Februar 2025

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Thomas Früh
Abteilungsleiter

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über einen Aufruf zur Antragstellung zur Förderung einer Zukunftsplattform für soziale Innovationen der ESF Plus-Richtlinie SMS

Vom 3. Februar 2025

I.

Rechtsgrundlagen, Zweckungszweck

1. Das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert gemäß Ziffer II Großbuchstabe D der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Förderung von aus dem Europäischen Sozialfonds Plus mitfinanzierten Vorhaben der Förderperiode 2021–2027 (ESF Plus-Richtlinie SMS) vom 7. Juni 2022 (SächsABl. S. 743), die durch die Richtlinie vom 9. Juni 2023 geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 30. November 2023 (SächsABl. Sdr. S. S 306) eine Zukunftsplattform für soziale Innovationen. Für die Förderung gelten die Bestimmungen der ESF Plus-Richtlinie SMS in der jeweils geltenden Fassung, sowie die konkretisierenden Bestimmungen dieser Förderbekanntmachung.
2. Zweck der Förderung ist die Stärkung der sozialen Innovationskraft als Antwort auf die fortschreitenden Veränderungsprozesse in der Lebens- und Arbeitswelt. Eine entsprechende Infrastruktur hierfür soll durch die Errichtung einer Zukunftsplattform für soziale Innovationen geschaffen werden.
3. Soziale Innovationen haben das Potenzial, gesellschaftlichen Wandel und die daraus resultierenden Herausforderungen für das soziale Miteinander zukunftsorientiert zu gestalten. Soziale Innovationen sind neue soziale Praktiken oder Organisationsmodelle, die darauf abzielen, für soziale Probleme tragfähige und nachhaltige Lösungen zu finden.
4. Aktuelle gesellschaftlichen Entwicklungen, wie Digitalisierung, Struktur-, Klima- und die Folgen des demografischen Wandels, erfordern neue Konzepte und innovative Lösungen, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Sachsen zu gewährleisten. Auch der zunehmende Fachkräftemangel im Sozial- und Gesundheitswesen kann soziale Problemlagen verschärfen. Anspruch und zugleich Herausforderung in Sachsen ist es, die soziale, wirtschaftliche und digitale Teilhabe und Chancengleichheit aller Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.
5. Soziale Innovationen entstehen in einem Umfeld großer gesellschaftlicher Herausforderungen, bei der Suche nach geeigneten Lösungsansätzen, die das Gemeinwohl in den Fokus setzen. Dabei gehen sie über ein technisches Innovationsverständnis weit hinaus. Sie „wirken, indem sie Menschen unterstützen (zum Beispiel durch neue Pflegekonzepte), Menschen befähigen, sich selber zu helfen (zum Beispiel durch Mentoringkonzepte), neue Möglichkeiten schaffen (zum Beispiel über neue Anwendungsoptionen von technischen Geräten) oder neue Netzwerke (zum Beispiel über digitale Plattformen und Verbindungen), neue Organisationsstrukturen wie digitale Geschäftsmodelle oder Kooperationsformen (zum Beispiel in Innovationslaboren) aufbauen.“¹
6. Sozialinnovatoren und Sozialinnovatorinnen benötigen die richtigen Unterstützungs- und Begleitstrukturen, um innovative Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Wichtige Akteure im Feld sozialer Innovationen und primäre Zielgruppen der Zukunftsplattform für soziale Innovationen sind:
 - a) Sozialunternehmen und Social Entrepreneurs: Sie haben den Anspruch, soziale Probleme zu identifizieren und mit innovativen Ansätzen zu lösen. Sie handeln wirtschaftlich, jedoch ist die Profitabsicht dem Gemeinwohlgedanken nachgeordnet.
 - b) Sozialwirtschaft (zum Beispiel freie Träger der Wohlfahrtspflege): Sie erbringen Leistungen, die allein über den Markt nicht bereitgestellt werden. Das umfasst vielfältige soziale Dienstleistungen, so etwa in der Kinder- und Jugendhilfe, der Pflege, der Behindertenhilfe sowie der Gesundheit und anderen gesellschaftlichen Teilbereichen.
 - c) Zivilgesellschaftliche Initiativen: Sie sind aufgrund der oftmals guten lokalen Vernetzung, wichtige und treibende Kraft für sozial innovative Ideen und Konzepte.
7. Aber auch gesellschaftliche Bereiche, wie die Wissenschaft, Politik und Verwaltung geben Impulse, schaffen einen wichtigen Rahmen und gestalten die Erfolgsbedingungen für die Entwicklung und Etablierung sozialer Innovationen entscheidend mit. Auch für Akteure in diesen Bereichen soll die Zukunftsplattform eine zentrale Anlaufstelle für das Thema soziale Innovationen in Sachsen werden.

II.

Gegenstand der Förderung

1. Die Förderung der Zukunftsplattform erfolgt im Bereich sozialer Innovationen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf sozial innovativen Lösungsansätzen, die in den Themenfeldern der Sozialen Arbeit² wirken.

¹ Amtlicher Hinweis: Diese Internetadresse lautet: Bundesministerium für Bildung und Forschung (2021): Ressortkonzept Soziale Innovationen. https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/1/168520_Ressortkonzept_zu_Sozialen_Innovationen.html [zuletzt aufgerufen am 22.01.2025].

² Die Arbeits- und Handlungsfelder der Sozialen Arbeit adressieren insbesondere folgende Bereiche: Kindheit, Jugend und Familie, Arbeitsmarktintegration (zum Beispiel Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderung), Wohnen und Wohnungslosigkeit, Migration, Gesundheit, Alter und Pflegebedürftigkeit, Abweichendes Verhalten und Resozialisierung, Arbeit mit Ehrenamtlichen oder Angehörigen, Sozialraumorientierung.

2. Gefördert wird die Errichtung einer selbstorganisierten sachsenweit wirkenden Austausch- und Koordinierungsstruktur, die soziale Innovationen mit geeigneten Maßnahmen identifiziert, entwickelt, unterstützt, begleitet und sichtbar macht. Das Vorhaben muss alle der folgenden Bereiche umfassen:

- a) Initiierung und Unterstützung der Vernetzung relevanter Akteure aus Praxis, Wissenschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft, durch geeignete digitale und analoge Maßnahmen, die den Dialog, die Bereitstellung von Fachexpertise sowie den Wissenstransfer anstoßen und unterstützen,
- b) Entwicklung und Identifikation sozial innovativer Konzepte unter Berücksichtigung der sozialen und gesellschaftlichen Bedarfe in Sachsen,
- c) Beratung³ und Begleitung von sozial innovativen Vorhaben, Geschäftsmodellen und Dienstleistungen in den unterschiedlichen Projektphasen (Konzept- und Bewerbungsphase, Durchführungsphase, Anschlussphase und Nachhaltigkeitsicherung), darunter auch die Begleitung und Unterstützung der sozial innovativen Modellvorhaben gemäß Ziffer II, Großbuchstabe E der ESF Plus-Richtlinie SMS sowie die Bündelung und Bereitstellung von Informationsangeboten unter Nutzung digitaler als auch analoger Formate und
- d) übergreifende allgemeine Öffentlichkeitsarbeit im Bereich sozialer Innovationen.

III.

Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger ist ein Träger oder ein Trägerverbund. Voraussetzung ist, dass der Zuwendungsempfänger als juristische Person des privaten oder öffentlichen Rechts organisiert ist.

IV.

Zuwendungsvoraussetzungen

1. Das Vorhaben muss zudem den einschlägigen EU-Bestimmungen, dem „ESF Plus Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus), Förderzeitraum 2021–2027“ des Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft Arbeit und Verkehr vom 4. Juli 2022, veröffentlicht auf der Internetseite „Europa fördert Sachsen“⁴ sowie den haushaltsrechtlichen Bestimmungen entsprechen. Weitere Förderbedingungen ergeben sich aus der EU-Rahmenrichtlinie vom 9. Mai 2023 (SächsABl. S. 576) enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 21. November 2023 (SächsABl SDR. S. S 300) und den Regelungen zu „Förderfähige Ausgaben und Kosten (FFAK) zum Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Sozialfonds Plus, Förderzeitraum 2021–2027“ des Sächsischen Staatsmi-

nisteriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr vom 1. Juli 2024 in der jeweils geltenden Fassung, veröffentlicht auf der Internetseite der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB).⁵

2. Gefördert werden Zuwendungsempfänger mit Sitz oder Niederlassung in den NUTS II Regionen Dresden oder Chemnitz.
3. Das Vorhaben muss inhaltlich geschlossen sein. Die Förderung von Teilvorhaben ist nicht möglich.

V.

Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

1. Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines Zuschusses gewährt. Sie beträgt bis zu 95 Prozent der förderfähigen Ausgaben.
2. Die Prüfung der Beihilferelevanz erfolgt anhand der Vorgaben der ESF Plus-Richtlinie SMS.
3. Im Antrag sind Dritt- und Eigenmittel auszuweisen.
4. Zuschussfähig sind nur Ausgaben und Kosten, die projektbezogen und außerhalb gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben, Pflichtaufgaben sowie anderer bestehender nationaler Fördermöglichkeiten entstehen. Eine Förderung nach dieser Bekanntmachung ist ausgeschlossen, wenn für dasselbe Vorhaben eine weitere Förderung aus Mitteln der Europäischen Union erfolgt.
5. Personalausgaben werden bei Eigenpersonal als Stellenförderung oder personenbezogene Pauschale je Einsatzstunde oder Einsatzmonat (Kosten je Einheit) ausgereicht. Die Höhe der Pauschale richtet sich nach dem tatsächlich gezahlten Entgelt laut Lohn- oder Gehaltsnachweis oder dem Arbeitsvertrag zuzüglich einer Pauschale für den Arbeitgeberanteil zu den Sozialversicherungsbeiträgen. Zur Berechnung der Pauschale je Einsatzstunde wird eine Jahresstundenzahl von 1 720 Stunden zu Grunde gelegt.
6. Eine Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz- und Fahrradnutzung ist gemäß des Sächsischen Reisekostengesetzes möglich. Bei nicht öffentlichen Trägern wird grundsätzlich der erhöhte Satz der Wegstreckenentschädigung für das Vorliegen triftiger Gründe anerkannt.
7. Eine Verwaltungssachkostenpauschale wird entsprechend den für die ESF Plus Förderung 2021–2027 im Freistaat Sachsen insgesamt festgelegten Kosten je Einheit als förderfähig anerkannt: 3,34 Euro je Verwaltungspersonalstunde des Eigenpersonals.
8. Die Übernahme von Bewirtungskosten für die Veranstaltungsformate des Vorhabens ist ausgeschlossen.
9. Gegenstände (zum Beispiel Büroausstattungen, Lizenzen), die mit Zuwendungen aus dem gleichen Fördergegenstand gemäß Ziffer II Großbuchstabe D der ESF Plus-Richtlinie SMS in der Vergangenheit beschafft wurden, sind im Falle einer weiteren Förderung im sel-

³ Es wird davon ausgegangen, dass Beratungen als Kurzberatungen nicht marktgängig sind. Die Beratung eines Trägers bezogen auf die konkreten Maßnahmen, die sie in einem Wettbewerbsumfeld erbringen, darf zur Sicherstellung dieser Voraussetzung fünf Tagewerke pro Maßnahme nicht überschreiten. Darüber hinaus sind Beratungen dann zulässig, wenn sie im Rahmen einer Vorgründungsphase stattfinden oder die Beratung sich auf nicht wirtschaftliche Tätigkeiten bezieht.

⁴ Amtlicher Hinweis: Diese Internetadresse lautet: <https://www.xn--europa-frdert-sachsen-oec.de/files/media/info-portal/foerderzeitraum-2021-2027/programme/dokumente/programm-esf-plus-04-07-2022.pdf>. [zuletzt aufgerufen am 22.01.2025]

⁵ Amtlicher Hinweis: Diese Internetadresse lautet: www.sab.sachsen.de. [zuletzt aufgerufen am 22.01.2025]

ben Fördergegenstand entsprechend weiterzuverwenden.

VI. Verfahren

1. Das Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ruft interessierte Träger entsprechend der Bekanntmachung zur Antragsstellung auf.
2. Ansprechpartner für Beratung sowie Bewilligungsstelle ist die
Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB)
Gerberstraße 5
04105 Leipzig
E-Mail: esf-dresden@sab.sachsen.de

3. Die Unterlagen zur Antragsstellung auf Grundlage der Bekanntmachung sind bei der SAB als Bewilligungsstelle

bis zum 13. Juni 2025

vollständig und von der zeichnungsbefugten Person unterschrieben elektronisch über das Förderportal der SAB einzureichen.
Ein verspäteter Eingang des Antrags führt zum Ausschluss aus dem Antragsverfahren. Individuelle Fristverlängerungen oder das Nachreichen von Unterlagen sind ausgeschlossen.

4. Die Projektbeschreibung muss den Anforderungen an Struktur und Inhalt von Vorhabenbeschreibungen in ESF-Anträgen gemäß SAB Vordruck 61713, veröffentlicht auf der Internetseite der SAB⁹, und Nummer 7 entsprechen.
5. Die Projektbeschreibung, zuzüglich Ausgaben- und Finanzierungsplan sowie Anlagen sind im Rahmen der Antragsstellung übersichtlich anhand der nachfolgend genannten Bewertungskriterien zu strukturieren. Darüber hinaus enthalten sie eine Darstellung des Trägers beziehungsweise Trägerverbundes.
Die Projektbeschreibung soll einen Umfang von 50 Seiten nicht wesentlich überschreiten. Es werden klare, aussagekräftige und konkrete Ausführungen zur geplanten Projektumsetzung erwartet, die die unter Nummer 7 genannten Bewertungskriterien sowie Nummer 8 berücksichtigen.
6. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung von Zuwendungen. Die Auswahl der Zuwendungsempfänger erfolgt unter dem Vorbehalt eines vom Gesetzgeber beschlossenen Haushalts und der damit einhergehenden verfügbaren Haushaltsmittel.
7. Die Bewertung der Projektbeschreibungen erfolgt anhand folgender Kriterien und Gewichtung:
 - a) Ziele des Vorhabens (25 Prozent)
 - aa) Situationsanalyse der Ausgangssituation in Sachsen unter Berücksichtigung
 - aaa) der aktuellen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für soziale Innovationen,
 - bbb) bestehender Bedarfe in diesem Bereich,

- ccc) bereits vorhandener Strukturen und Ressourcen (zum Beispiel Netzwerke) und
 - ddd) zentrale gesellschaftliche Herausforderungen insbesondere in den Themenfeldern der Sozialen Arbeit in Sachsen, die mit sozial innovativen Lösungsansätzen adressiert werden können.
- bb) Regionaler Bezug, arbeitsmarktpolitische Bedeutung des Vorhabens
 - cc) Konkrete Zielbeschreibung des Vorhabens
 - dd) Inhaltliche Abgrenzung zu anderen Vorhaben mit ähnlichem Leistungsportfolio in Sachsen
 - ee) Darstellung
 - aaa) der primären Zielgruppen (Sozialwirtschaft, Social Entrepreneurs, zivilgesellschaftliche Initiativen) und
 - bbb) der sekundären Zielgruppen (Wissenschaft, Verwaltung und Politik) des Vorhabens.
 - ff) Erfahrungen des Projektträgers mit den Zielgruppen und im Vorhabenbereich
 - gg) Referenzen, Berücksichtigung vorhandener Ergebnisse aus Vorprojekten
- b) Zielerreichung, Arbeitsschritte (33 Prozent)
 - aa) Beschreibung der Arbeitspakete:
 - aaa) Netzwerkaufbau (entsprechend Ziffer II, Nummer 2, Buchstabe a),
 - bbb) Entwicklung und Identifikation sozialer Innovationen (entsprechend Ziffer II Nummer 2 Buchstabe b),
 - ccc) Beratung und Begleitung sozialer Innovationen sowie Bündelung und Bereitstellung von Informationsangeboten (entsprechend Ziffer II, Nummer 2, Buchstabe c) und
 - ddd) Öffentlichkeitsarbeit (entsprechend Ziffer II, Nummer 2, Buchstabe d).
 - bb) Beschreibung der Methoden in den jeweiligen Arbeitspaketen:
 - aaa) Netzwerkaufbau (entsprechend Ziffer II, Nummer 2, Buchstabe a),
 - bbb) Entwicklung und Identifikation sozialer Innovationen (entsprechend Ziffer II, Nummer 2, Buchstabe b),
 - ccc) Beratung und Begleitung sozialer Innovationen sowie Bündelung und Bereitstellung von Informationsangeboten (entsprechend Ziffer II, Nummer 2, Buchstabe c) und
 - ddd) Öffentlichkeitsarbeit (entsprechend Ziffer II, Nummer 2, Buchstabe d).
 - cc) Beschreibung des Eingehens auf spezifische Anforderungen in den Arbeitspaketen:
 - aaa) Netzwerkaufbau (entsprechend Ziffer II, Nummer 2, Buchstabe a),
 - bbb) Entwicklung und Identifikation sozialer Innovationen (entsprechend Ziffer II, Nummer 2, Buchstabe b),
 - ccc) Beratung und Begleitung sozialer Innovationen sowie Bündelung und Bereitstellung von Informationsangeboten (entsprechend Ziffer II, Nummer 2, Buchstabe c) und
 - ddd) Öffentlichkeitsarbeit (entsprechend Ziffer II, Nummer 2, Buchstabe d).
 - dd) Zeitliche Gliederung
 - ee) Verantwortlichkeiten im Rahmen der Umsetzung der geplanten Arbeitspakete
 - ff) Kooperationsstruktur, gegebenenfalls Mitfinanzierung von Dritten

⁹ Ebenda.

- gg) Inhaltliche Kompetenz des Trägers beziehungsweise Trägerverbunds und des geplanten Personals
 - hh) Maßnahmen zur Qualitätssicherung
 - c) Ergebnisse und Dokumentation (25 Prozent)
 - aa) Benennung zu erwartender Ergebnisse (zum Beispiel Unterstützung von Sozialinnovatoren und -innovatorinnen, höhere öffentliche Sichtbarkeit sozialer Innovationen, starke Vernetzung von Akteuren und Institutionen im Bereich sozialer Innovationen)
 - bb) Dokumentation der Ergebnisse.
 - cc) Vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Zielgruppen und deren Erreichbarkeit sowie der Besonderheiten der Thematik soziale Innovationen
 - dd) Art und Weise des nachhaltigen Transfers in die Arbeits- und Unternehmenspraxis insbesondere im Kontext der Sozialwirtschaft sowie Sozialunternehmertums und Social Entrepreneurs
 - ee) Aussagen zur Fortführung (ohne Förderung), Nachnutzungskonzept und unternehmerischen Fortführung nach der Förderung (Wie soll eine nachhaltige Implementierung von Teilen oder dem gesamten Projekt erreicht werden?)
 - d) Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenanteil, Wirtschaftlichkeit (17 Prozent)
 - aa) Gesamtausgaben/-kosten des Projektes, angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis, Effizienz, Angabe der Herkunft der zu erbringenden Eigenmittel und/ oder Drittmittel (sofern zutreffend)
 - bb) Effektivität der Methoden der Zielerreichung und erwarteten Ergebnisse
8. Die Einhaltung der Grundsätze Gleichstellung von Frauen und Männern, Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung sind im Rahmen der Vorhaben zu beachten. Die Vorhaben dürfen zudem – dem Grundsatz des Umwelt- und Ressourcenschutzes entsprechend – nicht die nachhaltige Entwicklung negativ beeinträchtigen. Ausführungen zu den Grundsätzen sind in die Projektbeschreibung aufzunehmen.
9. Die Förderung beginnt am 1. Januar 2026 und endet am 31. Dezember 2028.
- Weitere Informationen zu Rechtsgrundlagen sowie zur Antragstellung sind im Internet unter www.sab.sachsen.de zu finden.

Dresden, den 3. Februar 2025

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Thomas Früh
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales,
Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
über die für die Weiterbildungszuschläge nach § 6 der Sächsischen
Pauschalförderungsverordnung und die Digitalisierungszuschläge
nach § 8 der Sächsischen Pauschalförderungsverordnung
für das Jahr 2025 zur Verfügung stehenden Teilbeträge
sowie über den Auszahlungszeitpunkt der Jahrespauschalen
für das Jahr 2025 gemäß § 11 Absatz 1 Satz 1
der Sächsischen Pauschalförderungsverordnung**

Vom 5. Februar 2025

1. Der nach § 15 Absatz 7 Satz 1 des Sächsischen Krankenhausgesetzes für die Weiterbildungszuschläge nach § 6 der Sächsischen Pauschalförderungsverordnung zur Verfügung gestellte Teilbetrag für das Jahr 2025 beträgt 500 000,00 Euro.
2. Der nach § 15 Absatz 7 Satz 1 des Sächsischen Krankenhausgesetzes für die Digitalisierungszuschläge nach § 8 der Sächsischen Pauschalförderungsverordnung zur Verfügung gestellte Teilbetrag für das Jahr 2025 beträgt 0,00 Euro.
3. Die Jahrespauschalen werden voraussichtlich im April 2025 ausgezahlt (§ 11 Absatz 1 der Sächsischen Pauschalförderungsverordnung).

Dresden, den 5. Februar 2025

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Alexander Manzke
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales,
Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
über die Zulassung privater Gegenprobensachverständiger
im Freistaat Sachsen nach der Gegenproben-Verordnung**

Vom 28. Januar 2025

Die gemäß § 1 der Verordnung über die Zulassung privater Gegenprobensachverständiger und über Regelungen für amtliche Gegenproben vom 11. August 2009 (BGBl. I S. 2852), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 19. November 2019 (BGBl. I S. 1862) geändert worden ist, für die Fachtierärztin für Lebensmittelhygiene und Fachtierärztin für Öffentliches Gesundheitswesen

Frau Dr. Uta Diekmann

erteilte Zulassung vom 16. Februar 2015 als private Sachverständige für die Durchführung von mikrobiologischen und

chemisch-physikalischen Untersuchungen von Lebensmitteln amtlich zurückgelassener Proben im Sinne von § 43 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. September 2021 (BGBl. I S. 4253), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 6. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 149) geändert worden ist, ist für das Gebiet des Freistaates Sachsen mit Wirkung vom 20. Januar 2025 erloschen.

Dresden, den 28. Januar 2025

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Dr. Rüdiger Helling
Referatsleiter

Landesdirektion Sachsen
Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs-
und Anlagenrechtsbescheinigung
Gemarkung Eula
Vom 14. Januar 2025

Die Landesdirektion Sachsen gibt bekannt, dass der Abwasserzweckverband Espenhain, Blumrodapark 6 in 04552 Borna, einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2182, 2192), das zuletzt durch Artikel 158 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, gestellt hat.

Der Antrag (Az.: 32-0552/33/25) betrifft den vorhandenen Regen- und Mischwasserkanal DN 300 einschließlich Zubehör, Sonder- und Nebenanlagen und Schutzstreifen.

Die von der Anlage betroffenen Grundstückseigentümer der Stadt Borna (Gemarkung Eula Flurstück-Nummer 4/13 und 109/1) können den eingereichten Antrag sowie die beigefügten Unterlagen in der Zeit

vom 24. Februar bis einschließlich 24. März 2025

in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, einsehen. Im Vorfeld bitten wir um eine telefonische Kontaktaufnahme unter der Telefonnummer 0341/977-3203.

Ergänzend wird auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Planunterlagen während des vorgenannten Zeitraums unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/> verwiesen (danach bitte die Rubrik Infrastruktur-Grundbuchbereinigung wählen). Im Internet erfolgt die Freischaltung mit Beginn des Auslegungszeitraumes.

Die Landesdirektion Sachsen erteilt die Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung nach Ablauf der Auslegungsfrist gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes in Verbindung mit § 7 Absatz 4 und 5 der Sachenrechts-Durchführungsverordnung vom 20. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3900).

Leipzig, den 14. Januar 2025

Hinweise zur Einlegung von Widersprüchen

Gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 des Grundbuchbereinigungsgesetzes ist von Gesetzes wegen eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für alle am 3. Oktober 1990 bestehenden Energiefortleitungsanlagen und Anlagen der Wasserversorgung und -entsorgung entstanden. Die durch Gesetz entstandene Dienstbarkeit dokumentiert nur den Stand vom 3. Oktober 1990. Da die Dienstbarkeit durch Gesetz bereits entstanden ist, kann ein Widerspruch nicht damit begründet werden, dass kein Einverständnis mit der Belastung des Grundstückes erteilt wird.

Ein zulässiger Widerspruch kann nur darauf gerichtet sein, dass die im Antrag dargestellte Leitungsführung nicht richtig ist. Dies bedeutet, dass ein Widerspruch sich nur dagegen richten kann, dass das Grundstück gar nicht von der Leitung oder in anderer Weise, als dargestellt, betroffen ist. Wir möchten Sie daher bitten, nur in begründeten Fällen von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Der Widerspruch kann bei der Landesdirektion Sachsen, Alchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig bis zum Ende der Auslegungsfrist erhoben werden. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Landesdirektion Sachsen
Holger Keune
Referatsleiter Planfeststellung

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses für das Verkehrsbauvorhaben „S 174 Ersatzneubau, BW 7a über die Gottleuba bei Hartmannsbach“

Vom 27. Januar 2025

I.

Mit Planfeststellungsbeschluss der Landesdirektion Sachsen vom 14. Januar 2025, Gz.: 32-0522/1475/16, wurde der Plan für das oben genannte Bauvorhaben gemäß § 39 des Sächsischen Straßengesetzes vom 21. Januar 1993 (SächsGVBl. S. 93), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. August 2019 (SächsGVBl. S. 762; 2020 S. 29) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83) geändert worden ist, in Verbindung mit § 74 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236) geändert worden ist, festgestellt.

II.

1. Da es sich um ein UVP-pflichtiges Vorhaben handelt, ist gemäß § 27 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist, die Entscheidung über das Vorhaben öffentlich bekannt zu machen.

2. Eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses liegt zusammen mit einer Ausfertigung der festgestellten Planunterlagen

vom 10. März 2025 bis einschließlich 24. März 2025

in der Stadtverwaltung Bad Gottleuba-Berggießhübel, Königstraße 5, 01816 Bad Gottleuba, während der Dienststunden

Montag/Mittwoch/Freitag	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
Dienstag	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr und 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Donnerstag	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr und 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr

zu jedermanns Einsicht aus.

3. Der Planfeststellungsbeschluss wird denjenigen, über deren Einwendungen entschieden worden ist, und den Vereinigungen, über deren Stellungnahme entschieden worden ist, zugestellt (§ 74 Absatz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).

4. Der Planfeststellungsbeschluss gilt mit Ende der Auslegungsfrist allen übrigen Betroffenen gegenüber als zugestellt (§ 74 Absatz 4 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).

5. Bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist kann der Planfeststellungsbeschluss von den Betroffenen bei der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Dresden, Referat 32, Olbrichtplatz 1, 01099 Dresden, schriftlich angefordert werden.

6. Zusätzlich können der Planfeststellungsbeschluss und die planfestgestellten Planunterlagen im UVP-Portal unter <https://www.uvp-verbund.de/> und auf Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> in der Rubrik „Infrastruktur/Staatsstraßen“ eingesehen werden. Für die Vollständigkeit und Übereinstimmung der im Internet veröffentlichten Unterlagen mit den amtlichen Auslegungsunterlagen wird keine Gewähr übernommen. Der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen ist maßgeblich.

III.

Gegenstand des Vorhabens

Das Vorhaben umfasst den Ersatzneubau des Brückenbauwerkes 7a im Zuge der Staatsstraße 174 über den Fluss Gottleuba in der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge des Freistaates Sachsen. Mit dem Ersatzneubau erfolgt die Anpassung an den bestehenden Straßenverlauf. Die Länge der Ausbaustrecke beträgt 76 m.

Vorgesehen sind der Abriss der bestehenden Brücke und ein Ersatzneubau am gleichen Standort. Bauzeitlich wird südlich des Brückenbauwerkes eine Behelfsbrücke errichtet.

IV.

Der Planfeststellungsbeschluss beinhaltet die Feststellung des Plans. Zudem enthält er Nebenbestimmungen, insbesondere zu Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege, des Bodens und der Abfallwirtschaft/Altlasten sowie des Immissionsschutzes, zu den Belangen des Denkmalschutzes und zu sonstigen öffentlichen und privaten Belangen. Dem Vorhabenträger gegenüber wurden Auflagen, Erlaubnisse und Genehmigungen erteilt. Damit darf das Bauvorhaben entsprechend dem verfügbaren Teil des Planfeststellungsbeschlusses umgesetzt werden.

In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig vorgetragenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden. Der Beschluss ist sofort vollziehbar.

Die in den Planunterlagen enthaltenen Grunderwerbsunterlagen enthalten aus Datenschutzgründen keine Angaben über Namen und Anschriften der Grundeigentümer. Betroffenen Grundeigentümern wird von der auslegenden

Stelle oder der Planfeststellungsbehörde auf Anfrage Auskunft über die von dem Vorhaben betroffenen eigenen Grundstücke gegeben.

V.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung Klage beim Sächsischen Obergerverwaltungsgericht, Ortenburg 9, 02625 Bautzen (Postanschrift: Sächsisches Obergerverwaltungsgericht, Postfach 44 43, 02634 Bautzen) erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann nach Maßgabe der §§ 55a und 55d der Verwaltungsgerichtsordnung sowie der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung elektronisch erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Sachsen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sind innerhalb einer Frist von zehn Wochen nach Klageerhebung anzugeben. Erklärungen und Beweismittel, die erst nach Ablauf dieser Frist vorgebracht werden, können durch das Gericht zurückgewiesen werden.

Der Kläger muss sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Welche Bevollmächtigten dafür zugelassen sind, ergibt sich aus § 67 der Verwaltungsgerichtsordnung.

Die Anfechtungsklage gegen den Planfeststellungsbeschluss hat keine aufschiebende Wirkung. Ein Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung (§ 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung) kann beim Sächsischen Obergerverwaltungsgericht, Ortenburg 9, 02625 Bautzen (Postanschrift: Sächsisches Obergerverwaltungsgericht, Postfach 44 43, 02607 Bautzen), gestellt werden.

Dresden, den 27. Januar 2025

Landesdirektion Sachsen
Andrea Staude
Vizepräsidentin der Landesdirektion Sachsen

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung
zur wesentlichen Änderung der Biogasanlage Lichtensee
der Firma Danpower Biomasse GmbH
am Standort Lichtensee**

Gz.: 44-8431/2132/4

Vom 14. Januar 2025

Die Landesdirektion Sachsen hat der Danpower Biomasse GmbH in 14467 Potsdam, Otto-Braun-Platz 1, mit Datum vom 14. Januar 2025 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Biogasanlage am Standort Lichtensee, mit folgendem verfügenden Teil erteilt:

A. Entscheidung

1. Der Danpower Biomasse GmbH, Otto-Braun-Platz 1 in 14467 Potsdam, wird auf ihren Antrag vom 12. Februar 2024 (entspricht dem Posteingang in der Landesdirektion Sachsen), letztmalig ergänzt durch die Nachreichung vom 24. September 2024, gemäß §§ 16 und 10 BImSchG i.V.m. § 1 der 4. BImSchV und den Ziffern 1.15, 1.16, 1.2.2.2, 9.36 und 9.1.1.1 des Anhangs 1 zur 4. BImSchV die

Immissionsschutzrechtliche Genehmigung

für die wesentliche Änderung der Biogasanlage Lichtensee in 01609 Wülknitz, Ortsteil Lichtensee, Alter Sportplatz 1, Gemarkung Lichtensee, Flurstücks-Nrn. 911/a, 911/b, 911/c, 911/d, 911/e, 911/f, 911/g, 911/h, 911/i, 911/k, 911/l, 911/m, 914/1, 914/2, 914/c, 914/d, 914/e, 914/f, 914/g, 914/h, 914/i, 914/15, 1073/2, 1074/2, 1075/1, 1080, 1081, 1082, 1083, 1084, 1085, 1086, 1087, 1088, 1089, 1090 und 1091, erteilt.

Die erteilte Genehmigung umfasst die folgenden Änderungsmaßnahmen an der vorhandenen Biogasanlage (BGA):

- Änderung der Eingangsstoffmengen von nachwachsenden Rohstoffen unter Beibehaltung des bisher genehmigten Einsatzstoffspektrums. Dabei sollen die Einsatzstoffmengen auf maximal 70.380 t/a bzw. 192,8 t/d erhöht werden. In diesem Zusammenhang ist gleichzeitig ein flexibler Einsatz der Stoffe, je nach Verfügbarkeit und Preisentwicklung, vorgesehen.
- Austausch des Gasspeichers 2 auf dem Gärrückstandsbehälter 2 mit einem Volumen von bisher 3.470 m³ auf künftig 8.100 m³;
- Errichtung und Betrieb von zwei neuen Gärrückstandsbehältern 3 und 4 mit je 8.042 m³ Bruttovolumen einschließlich der zugehörigen zwei neuen Gasspeicher auf den Behältern: Gasspeicher 3 mit 6.800 m³ Volumen und Gasspeicher 4 mit 4.500 m³ Volumen;

- sowie Errichtung der zugehörigen entsprechenden Ausrüstung für die neuen Anlagenteile;
- Errichtung und Betrieb eines Pumpenhauses am Gärrückstandsbehälter 3;
- Errichtung und Betrieb einer neuen Abfüllfläche 3 für die Gärrückstandsbehälter 3 und 4.
- Mit diesen Änderungsmaßnahmen ist verbunden, dass sich die Produktionskapazität der Biogaserzeugungsanlage von 12.711.113 Nm³/a auf 13.812.815 Nm³/a, die am Anlagenstandort gelagerte Biogasmenge von bisher 29,9 t auf 73,1 t und die Gärrestlagerkapazität von 13.667 m³ auf 28.948 m³ erhöht.

2. Bestandteil dieser Entscheidung sind die in Abschnitt B genannten, mit Genehmigungsvermerk und Prüfstempel versehenen, Antragsunterlagen (1 Ordner) sowie die in Abschnitt C aufgeführten Nebenbestimmungen.
3. Diese Genehmigung schließt gemäß § 13 BImSchG die Baugenehmigung nach § 63 SächsBO für die von der Änderung umfassten Umbau- und Errichtungsmaßnahmen am Anlagenstandort mit ein.
Des Weiteren sind die Zulassung von Ausnahmen/Befreiungen von den Festsetzungen des gültigen B-Planes gemäß § 31 Abs. 1 BauGB und gemäß § 31 Abs. 2 BauGB sowie die Zulassung einer Abweichung nach § 67 Abs. 1 der SächsBO von dieser Entscheidung eingeschlossen.
4. Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form, bei der Landesdirektion Sachsen, Altkemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, Widerspruch eingelegt werden. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.ids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung liegt

vom 21. Februar 2025 bis einschließlich 7. März 2025

bei folgender Stelle zur Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden:

Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz, Referat Immissionsschutz, Zimmer 4090, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden,

Montag und Mittwoch von 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Dienstag und Donnerstag von 8:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Freitag von 8:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Es wird empfohlen, für die Einsichtnahme einen Termin unter der Telefonnummer 0351/825-0 zu vereinbaren.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I

S. 1274), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. I Nr. 225) geändert worden ist, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.
3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über poststelle@lds.sachsen.de, angefordert werden.

Diese Bekanntmachung ist während des vorab genannten Zeitraums auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz einsehbar.

Dresden, den 29. Januar 2025

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Antrag auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb
einer Teilereinigung im Gebäude B37/39
der Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG
am Standort Königsbrücker Straße 180, 01099 Dresden
– Auslegung des Antrags und der Unterlagen –**

Gz.: 44-8431/2790

Vom 31. Januar 2025

Die Landesdirektion Sachsen macht gemäß § 10 Absätze 3, 4 und 6 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225, Nr. 340) geändert worden ist, in Verbindung mit §§ 8 bis 10 und 12 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225) geändert worden ist, Folgendes bekannt:

Mit Datum vom 23. Juni 2023 beantragte die Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG die Genehmigungen nach § 16 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge in Verbindung mit § 1 und der Nummer 5.1.1.2 des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. November 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 355) geändert worden ist, die wesentliche Änderung einer Anlage zur Behandlung von Oberflächen unter Verwendung organischer Lösungsmittel (Teilereinigung) durch Erweiterung um einen zusätzlichen Anlagenteil in einem neuen Gebäude B37/39 (Modul 4) am Standort Königsbrücker Straße 180 in 01099 Dresden. Dabei soll sich der Lösungsmittelverbrauch der Anlage Teilereinigung von 35 t/a auf 68 t/a erhöhen.

In dem mit der 1. Teilgenehmigung vom 30. Mai 2024 genehmigten Gebäude B37/39 sollen nach dessen Errichtung die neuen Anlagenteile der Anlage Teilereinigung installiert und betrieben werden.

Das genannte Vorhaben bedarf der Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes.

Zuständig für dieses Verfahren und die Entscheidung über die Genehmigung des beantragten Vorhabens ist die Landesdirektion Sachsen.

Das genannte Vorhaben kann keiner Ziffer der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung als Vorhaben im Sinne des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zugeordnet werden.

Gemäß § 9 Absatz 4 in Verbindung mit § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung ist keine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht erforderlich. Die Antragstellerin hat auf der Grundlage von § 9 Absatz 4 in

Verbindung mit § 7 Absatz 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung die Durchführung einer freiwilligen Umweltverträglichkeitsprüfung für mit der Nasschemie in Zusammenhang stehenden Vorhaben beantragt, die die Teilereinigung und weitere nicht dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegende Vorhaben umfasst. Die Landesdirektion Sachsen hat dazu am 22. Dezember 2022 ihre Zustimmung erteilt.

Mit den Antragsunterlagen wurde gemäß § 16 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Verbindung mit § 4e Absatz 7 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren ein gemeinsamer UVP-Bericht vorgelegt.

Die voraussichtliche Inbetriebnahme der Teilereinigung soll ab dem 3. Quartal des Jahres 2026 erfolgen.

Die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsanträge und die dazu von der Antragstellerin vorgelegten Unterlagen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse), sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Landesdirektion Sachsen im Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, liegen nach dieser Bekanntmachung einen Monat, vom

28. Februar 2025 bis einschließlich 28. März 2025

für jedermann zur Einsichtnahme:

1. in der Dienststelle Dresden der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden, Abteilung Umweltschutz, Zimmer 4090, Tel.: 0351-8250
Montag bis Donnerstag 7:30 Uhr bis 16:00 Uhr und
Freitag 7:30 Uhr bis 13:00 Uhr.
2. in der Landeshauptstadt Dresden, Stadtbezirksamt Dresden-Klotzsche, Kieler Straße 52, 01109 Dresden, Zimmer 210, Tel.: 0351-4886501
Montag 9:00 bis 14:00 Uhr,
Dienstag und Donnerstag 9:00 bis 17:00 Uhr und
Freitag 9:00 bis 12:00 Uhr

aus.

Die ausgelegten Unterlagen enthalten insbesondere die Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter gemäß des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, des Wasserhaushaltsgesetzes und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung.

Darunter sind folgenden Gutachten:

- Immissionsprognose Luftschadstoffe und Gerüche
- Schalltechnische Untersuchungen
- UVP-Bericht
- Gutachten zur Ermittlung angemessener Abstände gemäß Leitfaden KAS-18

Der Bericht zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Vorhabens (UVP-Bericht) ist ebenfalls während der Auslegungszeit vom 28. Februar 2025 bis einschließlich 28. März 2025 über das länderübergreifende zentrale UVP-Internetportal unter <https://www.uvp-verbund.de> jederzeit und für jedermann einsehbar.

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der Landesdirektion Sachsen oder der Landeshauptstadt Dresden erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das hiermit bekannt gemachte Vorhaben können

vom 28. Februar 2025 bis einschließlich 28. April 2025

schriftlich oder elektronisch bei einer der vorgenannten Stellen vorgebracht werden. Der Zugang für elektronische Dokumente ist auf die Dateiformate .docx und .pdf beschränkt. Die Übermittlung des elektronischen Dokuments hat an die Adresse post@lds.sachsen.de zu erfolgen. Für alle Einwendungen gilt das Datum des Posteingangs.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind für diese Verwaltungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Darüber hinaus können auch nur solche Einwendungen berücksichtigt werden, die konkret angeben, welche Beeinträchtigungen befürchtet werden. Die Einwendungsschreiben werden der Antragstellerin zwecks Stellungnahme zur Kenntnis gegeben. Die Antragstellerin ist zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verpflichtet.

Die Einwendungen sind der Antragstellerin sowie den Fachbehörden, deren Aufgabenbereich berührt wird, bekanntzugeben.

Die Behörde soll auf Verlangen des Einwenders dessen Namen und Anschrift vor der Bekanntgabe an die Antragstellerin unkenntlich machen, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.lds.sachsen.de/datenschutz.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die zuständige Behörde nach pflichtgemäßem Ermessen über die Durchführung einer Onlinekonsultation. Findet aufgrund dieser Entscheidung keine Onlinekonsultation statt, so wird dies nochmals gesondert öffentlich bekannt gemacht.

Die Einwendungsbehandlung erfolgt, wenn und soweit die Einwendungen für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen von Bedeutung sein können. Teilnahmeberechtigte sind alle, die rechtzeitig Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben haben.

Für die Online-Konsultation werden den oben genannten Teilnahmeberechtigten die sonst im Erörterungstermin zu behandelnden Informationen gemäß § 10 Absatz 6 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zugänglich gemacht. Diese umfassen eine Einführung zur Online-Konsultation, die Stellungnahmen der am Verfahren Beteiligten sowie der Antragstellerin, die sich mit den eingegangenen Einwendungen auseinandersetzen. Daneben werden die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Behörde zum Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, zur Verfügung gestellt.

Die Bereitstellung dieser Inhalte erfolgt ab dem 26. Mai 2025 über die SiDaS-Cloud der Sächsischen Landesverwaltung.

Den Einwendern werden die Durchführung der Online-Konsultation sowie die Zugangsdaten für die SiDaS-Cloud separat per Post mitgeteilt.

Außerdem erfolgt die Bereitstellung an folgenden Stellen zeitgleich in Papierform

1. in der Dienststelle Dresden der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden, Abteilung Umweltschutz, Zimmer 4090, Tel.: 0351-8250
Montag bis Donnerstag 7:30 Uhr bis 16:00 Uhr und
Freitag 7:30 Uhr bis 13:00 Uhr.
2. in der Landeshauptstadt Dresden, Stadtbezirksamt Dresden-Klotzsche, Kieler Straße 52, 01109 Dresden, Zimmer 210, Tel.: 0351-4886501
Montag 9:00 bis 14:00 Uhr,
Dienstag und Donnerstag 9:00 bis 17:00 Uhr und
Freitag 9:00 bis 12:00 Uhr.

Da bei einem Erörterungstermin die Öffentlichkeit zugelassen wäre, können auch Personen, die keine Einwendungen erhoben haben, Einsicht in die Dokumente nehmen. Dies kann bei den oben genannten Behörden oder durch Beantragung der Übersendung der Dokumente bei der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden, Referat Immissionsschutz, Tel.: 0351-8250, lds-umweltschutz@lds.sachsen.de, erfolgen.

Die Personen, die keine Einwendungen erhoben haben, sind jedoch nicht berechtigt, sich zu den Dokumenten der Online-Konsultation zu äußern.

Den zur aktiven Teilnahme oben genannten Berechtigten wird Gelegenheit gegeben, sich in der Zeit **vom 26. Mai 2025 bis einschließlich 16. Juni 2025** schriftlich gegenüber den oben genannten Behörden oder elektronisch per E-Mail unter lds-umweltschutz@lds.sachsen.de zu den sonst im Erörterungstermin zu behandelnden Belangen zu äußern.

Zur Erfüllung der Voraussetzungen nach § 10 Absatz 6 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ist es ausreichend, wenn den zur Teilnahme Berechtigten einmalig Gelegenheit

zur Stellungnahme gegeben wird. Unabhängig von einer Teilnahme an der Online-Konsultation wird die Genehmigungsbehörde die in den Einwendungsschreiben vorgebrachten Einwendungen prüfen und darüber entscheiden.

Beiträge im Rahmen der Online-Konsultation werden der Antragstellerin sowie den Fachbehörden, deren Aufgabenbereich berührt wird, zur Verfügung gestellt, um eine Erwiderung zu ermöglichen. Auf Verlangen des Einwenders werden dessen Name und Anschrift vor der Weitergabe unkenntlich gemacht, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Mit dem Abschluss der Online-Konsultation ist die Öffentlichkeitsbeteiligung im Genehmigungsverfahren beendet.

Fragen zur Online-Konsultation können von Montag bis Freitag in der Zeit von 9:00 Uhr bis 17:00 Uhr per Telefon: 0351-8254410 oder per E-Mail: lds-umweltschutz@lds.sachsen.de, an die Landesdirektion Sachsen gerichtet werden.

Im Falle einer Absage der Onlinekonsultation aufgrund einer behördlichen Entscheidung erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung.

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht. Die Zustellung der Entscheidung über den Genehmigungsantrag an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Diese Bekanntmachung ist vom 20. Februar 2025 bis einschließlich 28. April 2025 auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen: <https://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> einsehbar.

Dresden, den 20. Februar 2025

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung
zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Oberflächenbehandlung mit
organischen Lösungsmitteln Modul 4 – Lithografie
der Firma Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG
am Standort Königsbrücker Straße 180, 01099 Dresden**

Gz.: 44-8431/2761

Vom 31. Januar 2025

Die Landesdirektion Sachsen hat der Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG, Königsbrücker Straße 180, 01099 Dresden, mit Datum vom 31. Januar 2025 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung gemäß § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225) geändert worden ist, für die Erweiterung der Anlage Lithografie erteilt:

A. Entscheidung

1. Der Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG, Königsbrücker Straße 180 in 01099 Dresden, wird auf ihren Genehmigungsantrag vom 31. März 2023 in der Fassung vom 20. Januar 2025 gemäß § 16 in Verbindung mit § 10 BImSchG und § 1 der 4. BImSchV sowie der Nummer 5.1.1.1 des Anhangs 1 dieser Verordnung die

immissionsschutzrechtliche Genehmigung

für die wesentliche Änderung einer Anlage zur Behandlung von Oberflächen unter Verwendung von organischen Lösungsmitteln durch Einrichtung und Betrieb einer Lithografie im neu errichteten Gebäude B37/39 (Modul 4) in 01099 Dresden, Königsbrücker Straße 180, Flurstücks-Nrn. 641/20, 641/32 und 641/39, erteilt.

2. Das Vorhaben umfasst folgende Maßnahmen:
 - Errichtung und Betrieb der Anlage Lithografie Modul 4 im Gebäude B37/39
 - Erhöhung des Lösungsmittelverbrauchs der Hauptanlage Lithografie von 520 t/a auf 1384 t/a
 - Erhöhung des Lösungsmittelverbrauchs der Anlage Lithografie Modul 4 von 0 t/a auf 864 t/a
3. Diese Genehmigung wird auf Grundlage der in Abschnitt B. genannten Antragsunterlagen mit dem unter Abschnitt C. genannten Nebenbestimmungen erteilt.
4. Die Kosten dieses Verfahrens trägt die Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG.

5. Für diese Entscheidung werden Verwaltungskosten in Höhe von [REDACTED] EUR festgesetzt. Der Gesamtbetrag der Verwaltungskosten ist bis einen Monat nach Zustellung dieses Bescheides zu entrichten an:

Kontoinhaber: Hauptkasse des Freistaates Sachsen
BIC: MARK DEF1 860
IBAN: DE22 8600 0000 0086 0015 22
Verwendungszweck: [REDACTED]

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzstraße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, Widerspruch eingelegt werden. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite <https://www.lids.sachsen.de/kontakt> abrufbar.“

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung liegt

vom 28. Februar 2025 bis einschließlich 14. März 2025

bei der folgenden Stelle zur öffentlichen Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden.

Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Dresden, Abteilung Umweltschutz, Zimmer 4090, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden:

Montag und Mittwoch	von 9:00 bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 bis 15:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag	von 9:00 bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 bis 18:00 Uhr
Freitag	von 9:00 bis 12:00 Uhr

Der Genehmigungsbescheid ist im Internet unter der Adresse: <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> einsehbar.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225, Nr. 340) geändert worden ist, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über poststelle@lds.sachsen.de, angefordert werden.

Die Entscheidung wird auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz und der Seite des UVP-Verbundes unter <https://www.uvp-verbund.de/portal/> bekannt gemacht.

Dresden, den 31. Januar 2025

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485 260
Telefax: 0351 485 2661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:


Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

13. Februar 2025

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 244,54 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 62,77 Euro Postversand) bzw. 142,19 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 6,53 Euro zzgl. 3,67 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797 CLASSIC+4 Pressepost **Deutsche Post** 

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung

des Landesamtes für Geobasisinformation Sachsen

über den Widerruf der Bestellung mehrerer Amtsverwalter

Vom 31. Januar 2025

Das Landesamt für Geobasisinformation Sachsen hat mit Wirkung vom 1. Februar 2025 die übertragenen Ämter als Amtsverwalter für folgende Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure (ÖbVI) widerrufen:

Herr ÖbVI Ulf Fiedler, Amtsverwalter des ehemaligen ÖbVI Gerd Emmerich,
Herr ÖbVI Steffen Oertelt, Amtsverwalter des ehemaligen ÖbVI Karl-Heinz Stütz,

Herr ÖbVI Steffen Oertelt, Amtsverwalter des ehemaligen ÖbVI Frank Reiche,
Frau ÖbVI Susanne Schmitt, Amtsverwalter des ehemaligen ÖbVI Roland Schmitt,
Herr ÖbVI Andreas Pippig, Amtsverwalter des ehemaligen ÖbVI Wolfgang Heide,
Herr ÖbVI Rico Kluge, Amtsverwalter des ehemaligen ÖbVI Heinz Wilhelm Dahmen,
Herr ÖbVI Sven Dademasch, Amtsverwalter des ehemaligen ÖbVI Andreas Löcher.

Dresden, den 31. Januar 2025

Landesamt für Geobasisinformation Sachsen
Ronny Zienert
Präsident